

Bildungsruinen der SPD

Die Bildungspolitik der SPD ist beherrscht von ideologischen Schlagworten und Thesen, von utopischen „Langzeitplänen“ und Scheitern in der Gegenwart. Die Festlegung auf unerprobte Organisationsmodelle im Bildungswesen führt zu finanziellem Risiko, zu Reformruinen und zum Verlust des Leistungsprinzips im Zeichen allgemeiner Gleichmacherei. Deutlich wird das Scheitern der SPD-Politik auch personell: Rücktritt des Bundeswissenschaftsministers Prof. Leussink und seiner Staatssekretärin Frau Hamm-Brücher; Ausscheiden der SPD-Kultusminister Holthoff (Nordrhein-Westfalen), Evers (Berlin), Drexelius (Hamburg) und Schütte (Hessen) in den letzten beiden Jahren.

- Die SPD hat die Unterwanderung und den Leistungsverlust an den **Hochschulen** zu verantworten. Ihre Minister und Senatoren haben gegen Rechtsverletzungen nicht durchgegriffen, die Abwanderung qualifizierter Wissenschaftler verniedlicht und den Marsch der Linksradiكالen durch die Institutionen der Hochschulen oft eher begünstigt (Bremen!) als verhindert.
- Die SPD hat das Scheitern des **Hochschulrahmengesetzes** zu verantworten. Sie hat den Gesetzentwurf der CDU torpediert, der die Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen wiederhergestellt hätte.
- Die SPD hat bei der Verbesserung der **beruflichen Bildung** versagt. Ihre Pläne zur völligen Verschulung der Berufsbildung sind gescheitert. Die SPD-Regierung ist über unbedeutende Durchführungsverordnungen zu dem von Hans Katzer geschaffenen Berufsbildungsgesetz nicht hinausgekommen.
- Die SPD hat zu verantworten, daß durch ihre unsolide Finanzpolitik steigende Ausgaben des Staates für die Bildung nur noch zum Ausgleich der Inflationsverluste dienen. Neue Maßnahmen können damit nicht finanziert werden. Dringend benötigte Lehrer werden — vor allem in Hessen und Nordrhein-Westfalen — wegen **fehlender Finanzmittel** nicht mehr eingestellt.

Die Bildungspolitik der CDU

Für die CDU ist Bildungspolitik ein Kernstück zukunftsorientierter Politik. Die CDU strebt ein Bildungssystem an, in dem niemand durch seine Herkunft, durch soziale Behinderung und den mangelnden Bildungswillen seiner Umwelt benachteiligt wird.

Die Bildungspolitik der CDU ist auf eine schnelle und praktische Verwirklichung dieser Ziele abgestellt. Taten haben Vorrang vor ideologischen Zielen der Gleichmacherei.

- Die CDU ist führend in den Bemühungen um eine bessere Kindergarten- und Vorschulerziehung. Sie strebt noch in diesem Jahrzehnt Kindergartenplätze für 75 % aller 3- und 4-Jährigen und Vorschulplätze für 80 % aller 5-Jährigen an. CDU-regierte Länder wie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben die ersten modernen Kindergartengesetze geschaffen.
- Die CDU wird vorrangig die berufliche Bildung verbessern. Sie hat im Bundestag ein Sofortprogramm vorgelegt, durch das kurzfristig 75 000 überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.
- Die CDU verwirklicht ein leistungsfähiges und differenziertes Schulsystem, das Leistungsschwache und Lernbehinderte ebenso fördert wie Hochbegabte.
- Die CDU strebt eine gezielte Beseitigung des Lehrermangels in regional benachteiligten Gebieten, in bestimmten Schulformen (z. B. Sonderschulen) und in einzelnen Fachgebieten (insbesondere naturwissenschaftlich-technischer Unterricht) an.
- Die CDU will in den Hochschulen mehr Freiheit, mehr Verantwortlichkeit und mehr Leistung verwirklichen. Ihr Hochschulrahmengesetz-Entwurf ist geeignet, die Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen zu sichern sowie eine berufs- und praxisorientierte Studienreform durchzusetzen.
- Die CDU fordert zur Finanzierung der Bildungsreform eine solide Planung mit klaren Prioritäten. Voraussetzung dafür ist die Wiederherstellung der finanziellen Stabilität.